



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	4
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	8
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	9
4.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

We are happy to announce that several of our events are now available on the FES YouTube-Channel. Please find the links on our website,

<http://www.fescyprus.org/pages/english/home.php>

1. Das Zypernproblem

Am 07. Dezember stattete der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan Griechenland einen zweitägigen offiziellen Staatsbesuch ab. Er wurde vom griechischen Premierminister Alexis Tsipras empfangen. Es war der erste Staatsbesuch eines türkischen Staatsoberhauptes seit 1952. Man versprach sich davon nach dem Scheitern der Verhandlungen in Crans-Montana im vergangenen Juli einen Vorstoß im stagnierenden Wiedervereinigungsprozess.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an das Treffen lieferten sich Erdogan und Tsipras ein Wortgefecht zum Zypernproblem. Tsipras bemerkte, dass der Zypernkonflikt aus einer unrechtmäßigen Invasion und Besetzung entstanden sei und fügte hinzu, dass es sich um ein seit 43 Jahren „ungeklärtes Problem“ handle, da sich beide Seiten die Schuld am Scheitern der Verhandlungen hierfür zuschöben. Er äußerte die Hoffnung, dass die Gespräche sobald wie möglich wieder aufgenommen würden. Erdogan erwiderte, dass heute keine ausländischen Truppen auf Zypern stationiert wären, wenn die griechischen Zyprioten 2004 dem Annan-Plan zugestimmt hätten, und fuhr fort, dass die Ablehnung dieses Plans der „Fehler“ der griechischen Zyprioten gewesen sei. Er beschuldigte die griechischen Zyprioten, aus den Wiedervereinigungsgesprächen in der Schweiz weggelaufen zu sein. Der türkische Präsident traf sich auch mit Griechenlands Präsidenten Prokopis Pavlopoulos. In der Unterredung wiederholten beide ihre jeweiligen Auffassungen darüber, wie der Zypernkonflikt gelöst werden könne. Pavlopoulos unterstrich, dass

eine Lösung im Einklang mit internationalem Recht und EU-Recht geschehen müsse. Erdogan seinerseits beschuldigte die Europäische Union, ihre Zusagen den türkischen Zyprioten gegenüber nicht eingehalten zu haben.

In seiner Stellungnahme zu Erdogans Staatsbesuch konstatierte der Regierungssprecher der Republik Zypern, Nicos Christodoulides, dass die Verhandlungen in Crans-Montana an der Unnachgiebigkeit der türkischen Seite gescheitert seien. Er unterstrich den griechisch-zyprioten Standpunkt, dass – was Sicherheitsfragen und Garantien betreffe – entsprechende Vorbereitungen zwischen Griechenland und der Türkei getroffen werden müssten, bevor man zu einer neuen Zypern-Konferenz zusammenkomme. Erst dann könne man einschätzen, ob eine reelle Chance auf einen erfolgreichen Ausgang bestünde. Christodoulides betonte: „Sollte die Türkei auf ihrer bisherigen Position verharren, würde eine neue Konferenz scheitern“.

In einem Interview, das von der griechischen Wochenzeitung „To Vima“ veröffentlicht wurde, stellte Erdogan im Anschluss an seinen Staatsbesuch fest, dass Lösungsverhandlungen so lange ergebnislos verlaufen würden, wie die griechischen Zyprioten die türkischen Zyprioten nicht als politisch gleichberechtigt, sondern als Minderheit betrachteten.

Der türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci bezeichnete den Besuch des türkischen Staatsoberhauptes in Athen nach 65 Jahren als wichtigen Entwicklungsschritt und merkte an, dass gute Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland nicht nur für Türken

und Griechen sondern auch für die türkisch-zypriotischen und griechisch-zypriotischen Bevölkerungsgruppen von Vorteil wären. Akinci wies allerdings darauf hin, dass das Zypernproblem beim Treffen der beiden Staatsmänner nicht im Detail behandelt worden sei, und fügte hinzu: „...wenn wir von einer Lösung für Zypern sprechen, müssen wir stets vor Augen haben, dass das, was die Menschen, die auf dieser Insel leben, wollen, wichtig ist. Wir dürfen das nie vergessen.“

In einem Treffen am 14. Dezember informierte der griechische Premierminister Tsipras Anastasiades über den Ausgang der Gespräche mit Erdogan. Im Anschluss verkündete die zypriotische Regierung, dass Nikosia und Athen vollständig darin übereinstimmen, dass einer neuen Zypernkonferenz eine sorgfältige Vorbereitung vorausgehen müsste. Die zwei Staatsoberhäupter kamen überein, ihren engen Kontakt fortzusetzen und künftige Schritte bezüglich des Zypernproblems miteinander abzustimmen.

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung „Star Kibris“ zitierte am 15. Dezember den türkischen Premierminister Binali Yildirim mit der Aussage „Es ist zu spät, das Zypernproblem wieder aufzugreifen“, die er im Anschluss an ein Treffen mit dem britischen Außenminister Boris Johnson gemacht hatte. Berichten zufolge teilte Yildirim Johnson mit, dass die Türkei eine Lockerung der Embargos für die türkischen Zyprioten wünsche. Beide Seiten müssten als gleichberechtigte Partner diskutieren, sonst werde es keine Lösung des Zypernproblems geben.

Während der Haushaltsberatungen im türkischen Parlament am 18. Dezember erklärte der türkische Außenminister Mevlut Cavusoglu, dass es wichtig sei, Schritte zur Anerkennung der „TRNZ“¹ zu unternehmen. Cavusoglu forderte die türkische Regierung und die Opposition auf, zusammen daran zu arbeiten, dass der türkisch-zypriotische Pass in weiteren Ländern als gültig anerkannt wird und Vertretungsbüros überall auf der Welt zu eröffnen. Cavusoglu fügte hinzu, dass Ankara nicht für das Scheitern der Gespräche im Juli vergangenen Jahres in Crans-Montana verantwortlich gewesen sei und dass man beschlossen habe, dass eine Lösung unter den gegebenen Umständen nicht möglich sei. Der Außenminister ergänzte, dass die Türkei nach den Wahlen im Norden gemeinsam mit den türkisch-zypriotischen Behörden weitere Schritte besprechen werde.

Der griechische Außenminister Nikos Kotzias offenbarte in einem Interview, das er am 19. Dezember dem griechischen staatlichen Fernsehsender ERT (Ellinikí Radiophonia Tileóراسi) gab, dass Erdogan und Cavusoglu Sondierungs-

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

gesprächen zugestimmt hätten, um herauszufinden, ob eine Annäherung zwischen den Garantiemächten möglich sei.

Der türkisch-zypriotische Pressesprecher Baris Burcu kritisierte in einer Erklärung den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani. Dieser habe sich während seines Zypernbesuchs mit griechischen Zyprioten getroffen, sei jedoch nicht in den Norden gekommen, um auch türkisch-zypriotische Offizielle zu treffen. „Herr Tajani sollte nicht vergessen, dass die türkischen Zyprioten eine der zwei gleichberechtigten Bevölkerungsgruppen auf dieser Insel sind, und genauso viel zu sagen haben wie die griechischen Zyprioten in diesem Land“. Nachdem er dargelegt hatte, dass der Präsident des Europäischen Parlaments auch Kontakte zu türkischen Zyprioten pflegen sollte, erinnerte er daran, dass Tajanis Vorgänger, Martin Schulz, Akinci in seinem Büro im Europäischen Parlament empfangen habe.

Bei mehreren unterschiedlichen Anlässen brachte der türkisch-zypriotische Außenminister Tahsin Ertugruloglu zum Ausdruck, dass Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung durchaus als eine mögliche Option für die nahe Zukunft gesehen werden könnten.

2. Gasvorkommen

Zypern, Italien, Griechenland und Israel trafen am 5. Dezember eine Vereinbarung zum Bau einer Pipeline, die Erdgas aus neu erschlossenen Feldern im östlichen Mittelmeer nach Europa transportieren soll. Bei dem bis zu 6 Milliarden

teuren Projekt, das auch unter der Bezeichnung „East Med“ bekannt ist, handelt es sich um eine 2.000km lange Pipeline, die Offshore-Reserven aus dem Levantinischen Becken im Mittelmeer nach Griechenland und Italien leiten soll. Das Projekt wird zumindest teilweise mit EU-Geldern für das Infrastrukturprogramm CEF, „Connecting European Facility“, finanziert.

Die Absichtserklärung der vier Länder, das Projekt gemeinsam zu verfolgen, wurde in einer Zeremonie vom zypriotischen Energieminister Yiorgos Lakkotrypīs, seinen Amtskollegen Giorgos Stathakis (Griechenland) und Yuval Steinitz (Israel) sowie dem italienischen Botschafter auf Zypern, Andrea Cavallari², in Nikosia unterzeichnet. Laut einer gemeinsamen Stellungnahme bekräftigen die Absichtserklärung und die quadrilateralen Gespräche „unsere Intention, zusammenzuarbeiten, um die Entwicklung und die Umsetzung des East Med Pipeline-Projekts zu ermöglichen und zu verbessern.“ Das Projekt sei eine tragfähige und strategische Option und eine Infrastruktur von besonderem Interesse für gasproduzierende Länder und die EU. Hinzugefügt wurde, dass das Projekt – neben dem Süd-Ost-Gaskorridor – eine zusätzliche langfristige Exportroute von Israel und Zypern nach Griechenland, Italien und andere europäische Märkte sicherstelle. Diese stärke die Versorgungssicherheit innerhalb der EU und belebe zugleich den Wettbewerb zwischen den Erdgaslieferanten.

² Aufgrund eines Problems mit seinem Flug konnte der italienische Energieminister nicht an dem Treffen teilnehmen.

Mit dem Ziel, in 2018 ein zwischenstaatliches Abkommen bezüglich des Projekts zu unterzeichnen, kamen die vier Länder überein, wissenschaftliche Untersuchungen, Genehmigungen, Bau und Betrieb der East Med Pipeline zu erleichtern. Derzeit hat Israel mehr als 900 Milliarden Kubikmeter Gas gefunden, weitere 128 Milliarden Kubikmeter aus dem zyprischen Aphrodite-Gasfeld kommen hinzu. Voraussichtlich wird die Pipeline jährlich zwischen 12 und 16 Milliarden Kubikmeter Gas transportieren können. Projekteigentümer ist die IGI Poseidon, ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) der griechischen Erdgasfirma DEPA und des italienischen Energiekonzerns Edison. Die Vertragspartner haben sich zum Ziel gesetzt, das Projekt im Jahr 2025 zu vollenden.

Am 28. Dezember erreichte das Tiefsee-Bohrschiff „Saipem 12000“ Block 6 der exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ), um die Erkundungsbohrungen im Kalypso-Feld zu beginnen. Das Bohrschiff war vom Konsortium der italienischen Firma ENI und des französischen Energiekonzerns TOTAL geleast worden, die die Lizenz für Offshore-Block 6 haben. Die Bohrungen in Block 6 sollen Anfang Februar abgeschlossen sein. Unmittelbar danach wird das Schiff für eine weitere Erkundungsbohrung zu Block 3 wechseln, für den ENI ebenfalls die Bohrlizenz hält. Das Ziel in Block 3 trägt den Codenamen „Sepia“ (Tintenfisch). Im Sommer 2017 hatte eine Explorationsbohrung in Block 11 durch das italienische Unternehmen ENI und den französischen Energiekonzern TOTAL ergeben, dass die dort gefundene Menge von circa einer halben Trillion Kubikfuß Gas wirtschaftlich nicht rentabel ist. Im Sommer 2018 wird das Konsortium

aus ExxonMobil und Qatar Petroleum zwei Erkundungsbohrungen in Block 10 durchführen.

Block 6 wird partiell von der Türkei beansprucht, da sich das Gebiet mit den äußeren Grenzen des türkischen Festlandssockels im östlichen Mittelmeer überschneiden soll. Die Türkei reagierte auf die Ankunft des Tiefsee-Bohrschiffs Saipem 12000 in Block 6 mit einer Warnmeldung über eigene Aktivitäten in der exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern und der Entsendung des türkischen Forschungsschiffes Barbaros Hayreddin Pasa, das zwischen dem 29. Dezember 2017 und März 2018 seismologische Untersuchungen nordöstlich des zyprischen Hoheitsgebietes durchführen wird.

In einer Stellungnahme erklärte der türkische Außenminister, dass es in Ermangelung einer Lösung des Zypernproblems „... inakzeptabel [sei], dass die griechisch-zypriotische Seite fortwährend so handelt, als wäre sie der alleinige Besitzer der Insel und mit ihren unilateralen Aktionen, die das Gasvorkommen betreffen, weitermacht“. Darüber hinaus bereite sich die Türkei auf diverse Erkundungsaktivitäten im östlichen Mittelmeer und in Gebieten vor, in denen die TRNZ dem Mineralölunternehmen Turkish Petroleum die Genehmigung hierzu erteilt habe. Dies geschehe, um die Rechte der türkischen Zyprioten zu schützen. Darüber hinaus wurde ein türkisches Kriegsschiff gesichtet. Dieses blieb jedoch auf Abstand und unternahm keinen Versuch, das Bohrschiff aufzuhalten. Berichten zufolge machte sich auch ein von der Türkei geleastes Bohrschiff, die DeepSea Metro II auf den Weg ins Mittelmeer. Der Außenminister der „TRNZ“ gab ebenfalls eine Erklärung ab,

in der er anmerkte, dass Verhandlungen über eine Zwei-Staaten-Lösung durchaus als eine mögliche Option für die nahe Zukunft gesehen werden könnten. Er unterstrich, dass die geplanten Gasbohrungen der griechischen Zyprioten die Rechte der türkischen Zyprioten ignorierten. Dies zeige, dass diese sich als alleinige Besitzer der Insel verstünden. In seiner Stellungnahme warnte er davor, dass die türkisch-zypriotische Seite, gemeinsam mit dem Mutterland und Garanten Türkei, alle notwendigen Maßnahmen ergreifen würde, ihre Rechte und Interessen zu schützen, es sei denn, die Bohraktivitäten würden entweder in beiderseitigem Einvernehmen fortgeführt oder vollständig eingefroren.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach dreitägiger Debatte verabschiedete das Parlament am 13. Dezember den Haushaltsentwurf für das Jahr 2018 mit 30 Ja-Stimmen, 26 Abgeordnete stimmten dagegen. Die Ausgaben sollen sich auf 7,53 Milliarden Euro belaufen, wovon 2,62 Milliarden Euro für Personalkosten angesetzt wurden. Sozialleistungen inklusive wurden 1,9 Milliarden Euro für Ausgaben veranschlagt, 825 Millionen Euro für Betriebskosten und 496 Millionen Euro zur Schuldentilgung. Der Plan sieht Einnahmen in Höhe von 7,72 Milliarden Euro vor, diese ergeben sich hauptsächlich aus Ertragssteuern (schätzungsweise 3,1 Milliarden Euro) sowie aus circa 2,2 Milliarden Euro direkten Steuern.

Am 20. Dezember gab das Finanzministerium bekannt, dass Zypern seit dem EU-Beitritt 2004, 2,5 Milliarden Euro an die Europäische Union überwiesen und 1,4 Milliarden Euro erhalten habe.

In einem Wirtschaftsbericht der Zypriotischen Zentralbank (CBC) war nachzulesen, dass Experten eine Abschwächung des Wirtschaftswachstums von 3,8% in 2017 auf 3,4% in 2018 und 3,1% in 2020 erwarten. Die CBC rechnet außerdem mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote von 10,2% in 2017 auf 9,8% in 2018 und 7% in 2020.

Laut dem hiesigen Repräsentanten des Internationalen Währungsfonds (IMF), Vincenzo Guzzo, gab es trotz der Konjunkturerholung der zypriotischen Wirtschaft nicht den erwarteten Rückgang überfälliger Kredite. George Syrichas, einer der Geschäftsführer der Zypriotischen Zentralbank, war der gleichen Meinung. Er argumentierte, dass der Umfang der notleidenden Kredite zwar um 6 Milliarden Euro seit 2014 auf unter 22 Milliarden Euro gesunken sei, dass dies jedoch aufgrund des Wirtschaftswachstums zu gering sei.

Notleidende Kredite (NPLs) machen im zypriotischen Bankwesen 45% der Gesamtdarlehen aus und gelten als größtes Risiko für den Wirtschaftsaufschwung. Zypern hat - als Bestandteil der Vereinbarung mit dem IMF, der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank - die Rahmenbedingungen für Zwangsvollstreckungen und Konkursverfahren reformiert. Das unbeliebte Zwangsvollstreckungsgesetz erwies sich bisher jedoch als wirkungslos. Die Zyprioti-

sche Zentralbank hat mehrfach um eine Aufbesserung desselben gebeten.

Die staatliche Schuldenverwaltungsbehörde (PDMO), eine Abteilung des Finanzministeriums, gab bekannt, man habe sieben internationale Investitionsbanken ausgewählt, bei der Erschließung eines Sekundärmarktes für zypriotische Staatsanleihen zu helfen. Explizit „werden Barclays Bank, Citi, Goldman Sachs International, HSBC, J. P. Morgan, Morgan Stanley und Société Générale Corporate & Investment Banking angefragt, ob sie die Rolle des Konsortialführers in den Konsortialgeschäften der Republik auf dem internationalen Markt übernehmen wollten. Es handelt sich um eine enge Zusammenarbeit mit der PDMO, mit dem Ziel, einen gut funktionierenden und leistungsstarken Sekundärmarkt für die Staatsanleihen der Republik Zypern aufzubauen. Die sieben Finanzkonzerne würden die Regierung in verschiedenen Bereichen beraten, auch was die zeitliche Koordinierung künftiger Anleihen betreffe. Sie wären zudem bei der Gewinnung neuer Investoren behilflich und würden zypriotische Wertpapiere auf dem Sekundärmarkt sichtbar machen, in dem Bestreben, die Renditen zu verringern.

Die Referenten eines Wirtschaftstreffens in der Londoner Börse zeichneten am 14. Dezember ein insgesamt positives Bild der Wirtschaft Zyperns, ungeachtet der besonderen Herausforderungen. Das Thema der Konferenz lautete: „Zypern: Erneuter Aufschwung – Im Fokus: Investitionen und Wachstum“. John Andrews, beratender Redakteur des „Economist“, stellte fest: „Zypern macht einen ziemlich gesunden

Eindruck, allerdings bleibt das Problem des hohen Anteils notleidender Kredite.“

Peter Bofinger, Professor für Volkswirtschaftslehre und Mitglied des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (einer der fünf Wirtschaftsweisen) merkte an, dass der Konjunkturaufschwung auf Zypern im Vergleich zu anderen südosteuropäischen Staaten schneller erfolge, da das Wirtschaftssystem der Insel offener sei. Anthony De Lannoy, Geschäftsführer des Internationalen Währungsfonds (IMF), zuständig für Zypern, identifizierte als hervorstechende Faktoren des zypriotischen Wirtschaftsaufschwungs: die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, die erzielte Haushaltsbilanz, den wiedererlangten Zugang zu den Kapitalmärkten, die bessere Bonitätsbewertung und die Umstrukturierung im Bankwesen. Die größten Herausforderungen seien die private Verschuldung und die notleidenden Kredite.

Servaas Deroose von der Europäischen Kommission sprach von einer „bemerkenswerten Trendwende“ und einem „dynamischen Impuls“, fügte jedoch hinzu, dass die Steigerung der Produktivität ebenfalls zu den Herausforderungen zähle.

Der Vorstandsvorsitzende der Bank of Cyprus UK, Nick Fahy, stellte die Schritte vor, die seine Bank seit der Krise unternommen hat und betonte, dass man bezüglich der notleidenden Kredite mehr Zeit benötige. Er betonte darüber hinaus die hohen Standardvorschriften des zypriotischen Bankenwesens. Im Auftrag von Moodys sagte Colin Ellis, der CCO der Rating-

Agentur EMEA, dass man eine sehr starke Kehrtwende auf Zypern bemerkt habe und stellte fest, dass das Land nicht mit einem Ausfallrisiko konfrontiert sei. Im letzten Teil der Konferenz wurden die Wettbewerbsvorteile des Investitionsstandorts Zypern beleuchtet. Unter den Referenten waren Natasa Pilides, Generaldirektorin der Cyprus Investment Promotion Agency (CIPA) und Evgenios Evgeniou, Vorstandsvorsitzender von PricewaterhouseCoopers Ltd. (PwC) Zypern.

Bojan Markovic, der stellvertretende Direktor der European Bank (EBRD), teilte mit, dass die Bank innerhalb der letzten zwei Jahre bereits 270 Millionen Euro in Zypern investiert habe. James Ker-Lindsay, langjähriger Beobachter des Zypernproblems, sprach über die jüngsten Entwicklungen im Bemühen um eine dauerhafte Lösung. Aus seiner Sicht sei die Hoffnung auf eine schnelle Aufnahme der Gespräche nach den Präsidentschaftswahlen nicht gerechtfertigt. Er äußerte auch Bedenken, dass die Dynamik des Zypernproblems nicht mehr unter dem Kalkül verstanden werden könne, dass die Türkei einen europäischen Weg einschlage. Präsident Erdogans kürzlichen Besuch in Athen bezeichnete er als „vollkommene Katastrophe“.

Innenpolitische Entwicklungen

Die neun Bewerber für die Präsidentschaftswahlen am 28. Januar meldeten am 28. Dezember 2017 ihre Kandidatur an. Jeder Anwärter wurde von einer Person vorgeschlagen und von weiteren 100 unterstützt. Falls kein Kandidat im ersten Wahlgang die notwendigen „50% + 1 Stimme“ erhält, ist für den 4. Februar eine

Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den höchsten Stimmenanteilen angesetzt. Die Bewerber in alphabetischer Reihenfolge:

- Amtsinhaber Nikos Anastasiades, stellt sich zur Wiederwahl, unterstützt von DISY;
- Harris Aristidou, parteilos;
- Christos Christou, Parteivorsitzender der rechtsextremen ELAM
- Andreas Efstratiou, parteilos;
- Christakis Kapilliotis, parteilos;
- George Lillikas, Vorsitzender der Bürgerallianz
- Stavros Malas, parteilos, unterstützt von AKEL;
- Michalis Mina, parteilos;
- Nikolas Papadopoulos, Parteivorsitzender der DIKO, unterstützt von der sozialdemokratischen EDEK, den Grünen und der Solidaritätsbewegung³

Meinungsumfragen zufolge haben nur drei der sieben Kandidaten eine Chance, gewählt zu werden: Nikos Anastasiades, Stavros Malas und Nikolas Papadopoulos. Amtsinhaber Anastasiades ist klarer Favorit. Er wird es sicher in die zweite Runde schaffen. Eine Chance, schon aus der ersten Runde als Sieger hervorzugehen, gibt man ihm nicht. Malas und Papadopoulos konkurrieren um den Einzug in die zweite Runde. Der Gewinner wird dann Anastasiades herausfordern.

³ Eine Vorstellung aller Kandidaten kann unter folgendem Link abgerufen werden: <http://cyprus-mail.com/2017/12/27/presidential-hopefuls-not-see-eye-eye-key-issues/>

Im Auftrag der FES hat Christophoros Christophorou einen Bericht zu den anstehenden Wahlen verfasst. Dieser kann unter folgendem Link abgerufen werden:

http://www.fescyprus.org/media/publications/2018/FES-Report_-_Presidential_Elections_in_Cyprus.pdf

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

DEDE, die Gewerkschaft der wissenschaftlichen Mitarbeiter, hat offiziell Streiks an der Universität Zypern beschlossen, nachdem die Leitung der Universität nach wie vor nicht gewillt ist, die im vergangenen Juni mit der DEDE beschlossenen tariflichen Vereinbarungen umzusetzen. Die Gewerkschaft der Wissenschaftler an der zweiten staatlichen Universität TEPAK (Technische Universität Zypern) erklärte, die Forderungen und den Streik der DEDE, der im Januar an der Universität Zypern stattfinden soll, zu unterstützen.

Die Tarifpartner des Arbeitnehmerrats einigten sich auf eine Grundsatzvereinbarung, dass auch Witvern staatliche Unterstützung zustünde. Die Gesetzesnovelle wird dem Ministerrat in Kürze zur Verabschiedung eingereicht werden. Die Diskussion über die Wiedereinsetzung des Rechts auf Krankheitszeiten und des Anrechts auf Arbeitslosenunterstützung für Arbeitnehmer zwischen dem 63. und 65. Lebensjahr wurde nicht abgeschlossen. Der Minister äußerte sich positiv bezüglich der krankheitsbedingten Arbeitsausfälle, die Frage zum Arbeitslosengeld blieb dagegen offen.

Das Parlament hat den Regierungsentwurf zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, der Überwa-

chung der Mindestlöhne und zu den Rechtsvorschriften im Hotel- und Gaststättenbereich verschoben. Die strittigsten Themen waren die vereinbarten erhöhten Bußgelder und die Befugnisse der Kontrolleure, die für die Erbringung dieser Dienstleistungen angestellt würden.

Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK organisierte einen einstündigen Streik aller Banken und eine Demonstration vor dem Amtssitz des Präsidenten. Sie protestierten gegen den ungerechten Umgang der Regierung mit dem Rentenfond ihrer Mitglieder und dessen negative Konsequenzen für diese. ETYK verlangt Schadenersatz für die eingetretenen Verluste im Rentenfond und gab an, dass die Zahlungen seit vier Jahren ausstehen würden.

In den Stadtverwaltungen wurde der erste einheitliche Tarifvertrag unterzeichnet. Dieser gilt rückwirkend ab 2016. Bisher gab es 30 verschiedene Tarifverträge für städtische Festangestellte und 30 Tarifverträge für auf Stundenbasis angestellte Mitarbeiter. Von nun an gibt es lediglich zwei Arten von Tarifverträgen, einen für jede Kategorie. Die Verhandlungen für die zwei neuen einheitlichen Tarifverträge, die 2017 und 2018 betreffen werden, haben soeben begonnen. Eine Einigung wird im Frühjahr 2018 erwartet. Die Gewerkschaften PEO und SEK wollen Lohnerhöhungen durchsetzen, um sowohl die Kürzungen während der Krise auszugleichen, als auch diejenigen mit einzubeziehen, die im Moment noch aus dem Rentenfond ausgeschlossen sind.

Der Streit um die Arbeitsverträge an den Quartieren der UN bleibt ungelöst. Die von den UN-

Subunternehmern entlassenen Angestellten demonstrierten vor dem Arbeitsministerium und forderten dieses auf, dagegen vorzugehen. Die Antwort der Abteilung für Arbeitsverhältnisse bezüglich der Forderung der Gewerkschaften PEO und SEK steht noch aus.

Bezüglich der Klage, die die griechische Nationalbank gegen die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK erhoben hatte, hat das Amtsgericht Nikosia ein endgültiges Urteil gefällt. Im Jahr 2007 hatte ETYK auf dem Gelände der Bank einen Streik organisiert. Die Bank verlor nicht nur den Rechtsstreit – und wird somit auch die geforderten €700.000 Schadenersatz nicht erhalten –, sie muss zudem die Gerichtskosten tragen. ETYK betrachtet dies als wichtigen politischen Sieg. Hiermit sei eine Blockade gegen den Versuch einiger Arbeitgeber errichtet worden, die sowohl Streikmaßnahmen kriminalisieren als auch Betriebsvereinbarungen, das Betriebsverfassungsgesetz und die Institutionen für Arbeitsbeziehungen übergehen wollten.

Die Gewerkschaft SEK gab eine Erklärung ab, in der sie die Ankündigung des Finanzministers unterstütze, die Steuern in 2018 zu senken.

Anfang Dezember streikten die Busfahrer in Paphos, nachdem erneut die Gehaltszahlungen nicht zeitgerecht erfolgten. Die Arbeitgeber und Verkehrsministerium waren erneut uneins, was die Höhe und den Zeitpunkt der staatlichen Zuschüsse betraf.

Die automatische Anpassung der Gehälter an die Inflationsrate (COLA), die anhand des Preisindex eines Güterbündels geschätzt wird, soll 2018 zwischen 0,3% und 0,35% liegen (das ent-

spricht 50% der tatsächlichen Auswirkung der Inflation von 0,6% - 0,7% auf die Kaufkraft). Diejenigen, die diese Leistung erhalten, werden daher nur einen kleinen Unterschied im tatsächlichen Einkommen bemerken.

Die Armutsquote bleibt im vierten Jahr in Folge hoch. Mehr als ein Viertel der zypriotischen Bevölkerung – und insbesondere Frauen – sind davon betroffen.

Im Krankenhaus von Limassol legte das Reinigungspersonal spontan die Arbeit nieder, nachdem der Arbeitgeber wegen personeller Unterbesetzung bezahlten Urlaub und Freizeitausgleich untersagt hatte. Die Gewerkschaft PEO unterstütze die Streikenden und warnte, dass die Erschöpfung des Reinigungspersonals nicht nur die Gesundheit und Sicherheit desselben, sondern auch die der Patienten gefährde.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut den neuesten Zahlen des staatlichen Planungsamtes stiegen die Lebenshaltungskosten seit November 2017 um 12,78%.

Der türkisch-zyprischen Wochenzeitung „Cyprus Today“ zufolge sind die Preise für Flugtickets zum und vom Flughafen Ercan (Tymbou) signifikant gestiegen. Gründe hierfür sind der fehlende Wettbewerb sowie die zweifachen Steuern und Gebühren aufgrund der Bestimmung, in der Türkei zwischenlanden zu müssen (Direktflüge nach Nordzypern sind nicht gestat-

tet). Laut diesem Bericht war das günstigste Rückflugticket von Ercan nach London 40% teurer als das Pendant vom Flughafen in Larnaka. Die Zeitung zitierte den Leiter der Gewerkschaft der Türkischen Reiseagenturen Zyperns, der die Politiker aufforderte zu handeln, damit die 15%ige Steigerung der Touristenzahlen im letzten Jahr nicht wieder zurückginge. Nach der Insolvenz der nationalen Fluglinie Cyprus Turkish Airlines fliegen derzeit nur drei Fluggesellschaften Ercan an.

Im Quartalsbericht der türkisch-zypriotischen Zentralbank war nachzulesen, dass im Vergleich zum Vorjahr im Zeitraum Juli-August 2017 die Exporte um 19,53% auf 15,2 Millionen USD gestiegen sind. Die Importe erhöhten sich um 1,05% auf 127,4 Millionen USD. Der bedeutendste Handelspartner der „TRNZ“ war wie gewöhnlich die Türkei. Der Marktanteil der Einfuhren aus der Türkei betrug bis Ende Juli 60,3%, gefolgt von den EU-Ländern mit 20%. Im Zeitraum Januar bis August lag die Exportquote in die Türkei bei 64,6%, gefolgt von Ausfuhren in den Mittleren Osten und in die arabischen Staaten (20,3%). In EU-Länder wurden lediglich 3,6% der Güter exportiert.

Beziehungen zur Türkei

Der stellvertretende Premierminister der Türkei für Zypernangelegenheiten, Recep Akdag, kündigte an, dass die Türkei gemeinsam mit der „TRNZ“ einen neuen Plan für eine politische Lösung in Zypern erarbeiten würde. Eine positive wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln und den Lebensstandard innerhalb der „TRNZ“ zu steigern, habe für ihn jedoch Priorität. Bei ande-

rer Gelegenheit äußerte Akdag die Hoffnung, dass im Anschluss an die Parlamentswahlen im Januar 2018 eine stabile Regierung gebildet werden könne.

Innenpolitische Entwicklungen

Laut dem „Hohen Wahlrat“, der obersten Wahlbehörde (HEC), werden 190.551 Bürger der „TRNZ“ berechtigt sein, an den Parlamentswahlen am 7. Januar 2018 teilzunehmen. Die zuvor bekanntgegebene Zahl von 188.688 Wahlberechtigten war revidiert worden, nachdem während der 7-tägigen verbindlichen Wartefrist für Anmeldungen Widerspruch eingelegt worden war. Auch gegen Wahllisten hatte es Einsprüche gegeben. Die Verteilung der Anzahl der Wähler nach Distrikt sieht wie folgt aus: 61.062 in Nikosia (Lefkosa); 48.380 in Famagusta (Gazimagusa); 39.784 in Kyrenia (Girne); 14.841 in Morphou (Guzelyurt); 19.775 in Trikomo (İskele) und 6.709 in Lefka (Lefke).

Die Wähler werden ihre Stimmen in 719 Wahlurnen abgeben können; 2.157 Wahlbeobachter werden vor Ort sein. Für die 50 Sitze im Parlament kandidieren 388 Personen, 120 Frauen sowie neun unabhängige Kandidaten. Die oberste Wahlbehörde nannte zu Monatsbeginn die Namen der 8 Parteien, die sich zur Wahl stellen: die Partei der Nationalen Einheit (UBP), die Republikanisch-Türkische Partei (CTP), die Demokratische Partei (DP), die Sozialdemokratische Partei (TDP), die Volkspartei (HP), die Wiedergeburtspartei (YDP), die Gemeinschaftliche Freiheitspartei – Neue Kräfte (TKP-YG) und die Nationaldemokratische Partei (NDP).

Auf seiner Wahlkampftour kritisierte der Parteivorsitzende der Nationalen Einheitspartei (UBP), Huseyin Ozgurgun, den früheren Koalitionspartner CTP scharf: die Republikanisch-Türkische Partei hätte die Beziehungen zur Türkei in der Diskussion um das Management der türkischen Wasserlieferungen schlecht gehandhabt. Der ehemalige Präsident und Ehrenvorsitzende der CTP, Dervis Eroglu, wiederum betonte, dass die UBP die „Partei sei, die diesen Zustand (erst) geschaffen habe“ und „danach trachte, diesen zu bewahren und voranzutreiben“. Für ihre Wahlkampagne habe die UBP den Slogan „Wir sind eine Einheit“ benutzt, was in Ozgurguns Worten so viel bedeuten würde wie „Wir sind eine Einheit für unser Land, für unsere Republik und für die Einheit (Wiedervereinigung) mit dem Mutterland Türkei“. Die Kampagne der stärksten Oppositionspartei CTP fußte zum einen auf dem Kampf gegen die Korruption: Beendigung „des korrupten Systems, das die UBP [und in geringerem Maß die DP] geschaffen hat“ - zum anderem auf einem Förderprogramm zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes, das die einheimische Produktion ankurbeln solle. In ähnlicher Weise kritisierte der frühere Chefvermittler Kudret Ozersay die UBP-Regierung und rief dazu auf, seiner Volkspartei HP die Stimme zu geben, um „Gesetzwidrigkeit, Korruption und Amtsmissbrauch zu beseitigen“.

Am 19. Dezember hat das Türkisch-zypriotische Parlament einstimmig für die Verlängerung des Mandats der Kommission für unbewegliches Eigentum (IPC) um zwei weitere Jahre gestimmt. Die IPC war gemäß der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Men-

schenrechte (EGMR) eingerichtet worden. Ziel war die Schaffung und Etablierung eines effektiven innerstaatlichen Rechtsmittels für griechische Zyprioten, die Ansprüche auf ihr 1974 zurückgelassenes Eigentum in Nordzypern erheben. „Es genügt nicht, die Mission um zwei weitere Jahre zu verlängern. Entscheidend ist, was in diesen zwei Jahren getan wird. Sofort nach der Regierungsbildung muss man sich auf die Generierung von Einnahmen und Geldmitteln konzentrieren, damit die Kommission schneller arbeiten, Ergebnisse erzielen und diese umsetzen kann,“ sagte Akinci im Hinblick auf den Beschluss. Mittlerweile hat der EGMR am 12. Dezember einstimmig der Beschwerde einer griechisch-zyprischen Geflüchteten gegen die Türkei stattgegeben. Die Frau hatte Beschwerde über die unzureichende Effektivität der IPC eingereicht, bei der sie 2008 eine Entschädigungszahlung für ihr Eigentum beantragt hatte. Laut dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bezüglich der Beschwerde der Klägerin war „das Verfahren, in dessen Folge sie eine Abfindung für ihr in der „TRNZ“ gelegenes Eigentum zugesprochen bekommen hat, nach Artikel 1 des Protokolls 1 schleppend und ineffektiv“. Der Gerichtshof stellte allerdings klar, dass das Urteil ausschließlich den konkreten Fall betreffe und „nicht die Effizienz der Rechtsmittel des IPCs an sich infrage stelle“.

Die türkisch-zypriotische Tageszeitung „Afrika“ geriet unter Beschuss, nachdem sie eine umstrittene Karikatur veröffentlicht hatte, die als „beleidigend“ für den türkischen Präsidenten Erdogan eingestuft wurde. Ursprünglich in einer griechischen Tageszeitung veröffentlicht zeigt die Abbildung eine griechische Statue, die

auf Erdogans Kopf uriniert. Der stellvertretende türkische Premierminister, der zugleich Minister für Zypern ist, wandte sich an türkisch-zypriotische Regierungsbeamte mit der Forderung, rechtliche Schritte gegen die Tageszeitung einzuleiten. Die Türkische Botschaft in Nikosia reichte eine formelle Beschwerde über die „offenkundige und öffentliche Diffamierung“ des türkischen Präsidenten ein. Des Weiteren warf die Botschaft der Tageszeitung „Afrika“ „befangenen Journalismus“ vor. Der türkisch-zypriotische Premierminister Huseyin Ozgurgun verurteilte die Karikatur und kündigte an, dass er sich persönlich dafür einsetzen werde, dass rechtliche Schritte gegen die Tageszeitung eingeleitet würden. Türkische Parteien und nationalistische Gruppierungen protestierten vor den Büros von „Afrika“, einzelne Protestierende bewarfen das Gebäude, in dem die Tageszeitung ihren Sitz hat, mit Eiern. Als Reaktion darauf machten sich einige politische Parteien und Gewerkschaften für die Tageszeitung und für Meinungsfreiheit stark. Der Herausgeber der Zeitung, Sener Levent, der die ganze Affäre als Sturm im Wasserglas abtat, kritisierte den türkisch-zypriotischen Parteivorsitzenden Mustafa Akinci dafür, dass er in der Angelegenheit keine Stellung bezogen habe.

Laut der türkisch-zypriotischen Wochenzeitung „Cyprus Today“ wurden im Jahr 2017 insgesamt 142, meist syrische, Flüchtlinge von der Polizei aufgegriffen, nachdem sie illegal den Nordteil Zyperns betreten hatten. 2016 waren es 60 Flüchtlinge gewesen. Laut Polizei wurden 105 Flüchtlinge in die Türkei abgeschoben, 37 wurden dem UNO-Flüchtlingshilfswerk UNHCR übergeben. Dem Bericht war des Weiteren zu

entnehmen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge, die über gültige Einreisehäfen ins Land gekommen waren, nahezu halbiert hat; bislang wurden 83 Personen der UNHCR überstellt, im Vergleich zu 159 im vergangenen Jahr.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Im Zusammenhang mit der steigenden Zahl von Beschwerden bezüglich der mangelhaften Qualität der Postdienstleistungen erklärte der Vorsitzende der KTAMS (Gewerkschaft für Angestellte des öffentlichen Dienstes), Ahmet Kaptan, dass die Personaleinstellungen im Postsektor seit 1989 zum Stillstand gekommen seien. Der Post stünden nur 50% des Personals zur Verfügung, das benötigt werde. Er kündigte Streiks an solange bis die bevorstehende Regierung dem Dienstleister die Aufmerksamkeit zukommen lasse, die er verdiene.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Januar 2018

--- keine Veranstaltungen ---



Februar 2018

--- keine Veranstaltungen ---

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou und
Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com